

Mayer, Otto G.

**Article — Published Version**

## Sozialausgaben - wohin geht die Reise?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Mayer, Otto G. (2002) : Sozialausgaben - wohin geht die Reise?,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 82, Iss. 4, pp. 184-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41252>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Laut dem Sozialbericht 2001 der Bundesregierung stiegen die Sozialleistungen von 1995 bis 2000 jahresdurchschnittlich um 2,8% und damit stärker als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit 2,4%. Auch für 2001 ist absehbar, dass der Anstieg der Sozialausgaben in der gleichen Größenordnung und somit über der Zunahme des nominalen BIP (2,2%) liegen dürfte. Das Sozialbudget hat dann einen Umfang von 664 Mrd. € erreicht. Damit wird die Sozialleistungsquote (der Anteil der Sozialausgaben am BIP) im Jahr 2001 auf 32,1% steigen, nachdem sie 1998 nach vorangegangenen Leistungskürzungen auf 31,5% zurückgegangen war. Zu diesem Anstieg haben neben der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere die Erhöhung des Kindergeldes und der Ausbau der Kinderfreibeträge durch die rot-grüne Bundesregierung beigetragen.

Auch mittelfristig bis zum Jahr 2005 erwartet die Bundesregierung, dass die Sozialleistungen insgesamt um rund 732 Mrd. € zunehmen werden. Dieser jahresdurchschnittliche Anstieg von 2,5% liegt deutlich unter der angenommenen Zunahme des nominalen BIP von knapp 4%. Treffen die Annahmen der Bundesregierung zu, fällt die Sozialleistungsquote bis zum Jahre 2005 auf 30,4%. Die Quote gibt die Belastung der Faktoreinkommen mit Sozialabgaben und direkten Steuern und der Güterverwendung mit indirekten Steuern wieder. Je höher die Quote, je stärker dürften die allokativen Verzerrungen mit den entsprechenden Beeinträchtigungen von Wachstum und Beschäftigung sein. Insofern ist es schon von Bedeutung, ob die Annahmen der Bundesregierung über die weitere Entwicklung plausibel sind.

Die Bundesregierung erwartet ein reales Wachstum des BIP von jährlich 2%, eine Zunahme der



Otto G. Mayer

## Sozialausgaben - Wohin geht die Reise?

Zahl der abhängig Beschäftigten um rund 0,5% pro Jahr sowie einen Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter von 2½%. Dass diese Werte erreicht werden können, ist so unwahrscheinlich nicht. Umso wichtiger wäre dann allerdings, dass die Ausgaben der einzelnen Bereiche des Sozialsicherungssystems sich im Einklang mit der Einkommensentwicklung befinden oder hinter ihr zurückbleiben. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Gesundheit, Alter und Beschäftigung, da diese allein über 80% des Sozialbudgets auf sich vereinigen. Auf längere Sicht, d.h. in den nächsten 20 bis 25 Jahren, muss – abgesehen vom Beschäftigungsbereich - allein aus demographischen Gründen mit steigenden Beiträgen gerechnet werden: Spätestens im Jahr 2020 ist das angestrebte Rentenniveau von 67% nicht mehr mit dem maximal vorgesehenen Beitragssatz von 22% zu finanzieren; für die Pflegeversicherung wird mit einem Satz von rund 5% statt 1,7% und für die Krankenversicherung mit einem von über 20% gerechnet. Nicht auszuschließen ist allerdings, dass die Beiträge der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auch schon in den direkt vor uns liegenden Jahren weiter steigen, wenn nicht gegengesteuert wird.

Kein Wunder, dass der Reformdruck im Gesundheitswesen steigt. Hierzu tragen eine chronische Mittelknappheit der GKV, Ineffizienzen und mangelnder Wettbewerb im Gesundheitssystem, der medizinisch-technische Fortschritt, die demographische Entwicklung und anderes mehr bei. Die zahlreichen gescheiterten Kostendämpfungsversuche in der Vergangenheit stimmen nicht gerade hoffnungsfroh. Deshalb mussten die Beitragssätze auch immer wieder angehoben werden - von 8,2% im Jahr 1970 auf gegenwärtig 14%.

Nun ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Ausgaben für das Gesundheitssystem aufgrund des gestiegenen Gesundheitsbewusstseins der Bevölkerung zunehmen und diese bereit ist, hierfür auch aufzukommen. Dass dieses der Fall sein könnte, zeigen die dynamisch wachsenden Ausgaben im nicht regulierten Gesundheitssektor. Die Erwartung geht sogar dahin, dass sich der Gesundheitssektor zu einem der am stärksten wachsenden Wirtschaftsbereiche entwickeln könnte. Dies würde freilich auf Deregulierung und Effizienzsteigerung abzielende tiefgreifende Strukturformen voraussetzen.

Steigende Beiträge können durch mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen und durch eine Abschmelzung des Leistungskataloges, die mit einer ergänzenden privaten Vorsorge verbunden ist, vermieden werden. Hier könnte man das Schweizer System zum Vorbild nehmen, statt das Entstehen einer Zwei-Klassen-Medizin zu beklagen und auf eine „Weiterentwicklung“ der Finanzierung des Systems durch Einbeziehung anderer Einkommensarten als Löhne und Gehälter und durch die Neuregelung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze zu setzen.